



Mit ungewöhnlich klaren Worten hat Emmanuel Macron am 21. April die französische Position im Libanon neu justiert. In einer Phase wachsender Spannungen, institutioneller Übergänge und konkreter Gewalt vor Ort signalisiert Paris Entschlossenheit: Frankreich will auch über das absehbare Ende der UN-Mission hinaus sicherheitspolitisch präsent bleiben. Diese Ankündigung ist weniger operative Entscheidung als vielmehr strategische Setzung – mit weitreichenden Implikationen für die regionale Ordnung im östlichen Mittelmeer.

Die UNIFIL vor dem Ende eines Mandats

Im Zentrum der aktuellen Entwicklung steht die UNIFIL, die seit 1978 im Südlibanon stationiert ist. Ihr Mandat, zuletzt verlängert bis Ende 2026, markiert den Beginn einer Übergangsphase. Die einschlägige Resolution des UN-Sicherheitsrat sieht einen geordneten Rückzug innerhalb eines Jahres vor. Damit steht erstmals seit Jahrzehnten die konkrete Frage im Raum, wie ein sicherheitspolitisches Vakuum im Grenzgebiet des Libanon zu Israel verhindert werden kann.

Macrons Äußerungen sind vor diesem Hintergrund zu lesen. Wenn er betont, Frankreich werde „sein Engagement vor Ort aufrechterhalten“, spricht er implizit bereits von der Zeit nach der gegenwärtigen UN-Struktur. Paris signalisiert damit zweierlei: Zum einen die Bereitschaft, Verantwortung über multilaterale Formate hinaus zu übernehmen; zum anderen den Anspruch, im geopolitisch sensiblen Levante-Raum weiterhin als eigenständiger Akteur aufzutreten.

Innenpolitische Fragilität und externer Druck

Die französische Initiative fällt in eine Phase erheblicher Instabilität im Libanon. Die Regierung unter Nawaf Salam steht vor der Herausforderung, ein politisch fragmentiertes System zu stabilisieren, während gleichzeitig wirtschaftliche und soziale Krisen fortbestehen. Hinzu kommt der Druck externer Akteure: Die USA drängen auf Gespräche zwischen Beirut und Israel, während Israel seinerseits Sicherheitsgarantien entlang der Grenze einfordert.

In diesem Kontext gewinnt die Rolle nichtstaatlicher Akteure besondere Bedeutung. Die schiitische Miliz Hisbollah bleibt militärisch präsent und politisch einflussreich. Für Frankreich stellt sich damit die zentrale Frage, wie die libanesische Staatlichkeit gestärkt werden kann, ohne eine direkte Konfrontation mit der Hisbollah zu provozieren – ein Balanceakt, der seit Jahren die westliche Libanon-Politik prägt.



Der sicherheitspolitische Anspruch Frankreichs

Die französische Position geht inzwischen über die Rolle eines klassischen Truppenstellers hinaus. Paris formuliert offen den Anspruch, an einer möglichen Nachfolgestruktur der UNIFIL mitzuwirken oder diese sogar mitzugestalten. Denkbar sind hybride Modelle: etwa eine international abgestützte Mission mit stärkerer regionaler Einbindung oder ein bilaterales Sicherheitsarrangement mit dem Libanon.

Diese Überlegungen sind nicht neu, erhalten aber durch die aktuelle Lage neue Dringlichkeit. Frankreich verfügt im Libanon über historische, kulturelle und politische Verbindungen, die bis in die Mandatszeit nach dem Ersten Weltkrieg zurückreichen. Diese Netzwerke verschaffen Paris einen Einfluss, den andere europäische Staaten kaum besitzen. Gleichzeitig verpflichtet diese Rolle zu einem erhöhten Engagement – politisch wie militärisch.

Die Botschaft an Washington und Jerusalem

Macrons Vorstoß ist auch als Signal an die USA und Israel zu verstehen. Beide Akteure dominieren traditionell die sicherheitspolitische Agenda im Nahen Osten. Frankreich versucht nun, seine eigene Rolle zu behaupten und sich als unverzichtbarer Vermittler zu positionieren.

Aus amerikanischer Sicht wird Paris jedoch bisweilen als zu nachsichtig gegenüber Beirut wahrgenommen. Israel wiederum betrachtet jede internationale Präsenz im Südlibanon primär unter dem Gesichtspunkt eigener Sicherheitsinteressen. Die französische Linie – Unterstützung der libanesischen Souveränität, gleichzeitige Forderung nach Entwaffnung der Hisbollah und Festhalten am Waffenstillstand – bewegt sich damit in einem engen diplomatischen Korridor.

Risiken einer verstärkten Präsenz

Die jüngsten Ereignisse unterstreichen die Gefahren dieses Engagements. Der Tod eines französischen Soldaten im Einsatzgebiet der UNIFIL hat die Verwundbarkeit internationaler Truppen erneut vor Augen geführt. Anders als oft angenommen, handelt es sich bei der Mission nicht um eine rein symbolische Präsenz, sondern um einen realen militärischen Einsatz in einem volatilen Umfeld.



Eine Fortsetzung oder gar Intensivierung des Engagements nach dem Ende der UNIFIL würde diese Risiken eher erhöhen. Ohne den multilateralen Rahmen der Vereinten Nationen könnte Frankreich stärker als eigenständiger Akteur wahrgenommen – und damit auch gezielter angegriffen – werden. Die politische Entscheidung, präsent zu bleiben, ist somit untrennbar mit einer erhöhten sicherheitspolitischen Verantwortung verbunden.

Eine fragile strategische Gleichung

Frankreichs Ansatz basiert auf einer Reihe von Annahmen, deren Realisierung alles andere als sicher ist. Erstens setzt er voraus, dass der libanesische Staat seine Autorität gegenüber der Hisbollah ausbauen kann. Zweitens verlangt er von Israel die Bereitschaft, sicherheitspolitische Fragen nicht ausschließlich militärisch zu beantworten. Drittens benötigt er einen gewissen Handlungsspielraum gegenüber den USA, die als dominante Macht in der Region derzeit den Ton angeben.

Diese Voraussetzungen sind derzeit nur eingeschränkt erfüllt. Der Libanon bleibt politisch fragmentiert, Israel verfolgt eine sicherheitszentrierte Strategie, und Washington zeigt wenig Interesse, europäische Initiativen maßgeblich zu unterstützen, sofern sie nicht mit den eigenen Prioritäten übereinstimmen.

Macrons Erklärung ist daher vor allem als strategische Markierung zu verstehen. Sie definiert einen Anspruch, ohne bereits die institutionellen und operativen Details festzulegen. Frankreich will verhindern, dass der Libanon in eine sicherheitspolitische Grauzone abgleitet, und positioniert sich frühzeitig für die Zeit nach der UNIFIL. Ob daraus eine tragfähige Architektur entsteht, hängt jedoch von Faktoren ab, die weit über den Einflussbereich von Paris hinausgehen.

Autor: P. Tiko